

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. März 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

P 543 Postulat Estermann Rahel und Mit. über die Entwicklung einer kantonalen Strategie, um digital souveräner zu werden / Finanzdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Rahel Estermann hält an ihrem Postulat fest.

Rahel Estermann: Stellen Sie sich vor, Sie sind in einer Verhandlung. Das kann eine formelle oder eine geschäftliche Verhandlung sein, aber auch ein sogenannter Kuhhandel. Das schlimmste Szenario, das sich in dieser Situation vorstellen können, ist, dass man nicht vom Verhandlungstisch aufstehen kann. In der Fachsprache nennt man das einen «Vendor Lock-in». Dieses Wort haben wir letzten Herbst kennengelernt, als unser Rat über Microsoft M365 diskutierte. Ich habe fast von allen Fraktionen gehört, wie unangenehm diese Situation ist, keine Alternative zu diesem Programm zu haben. Man ist erpressbar, nicht nur, aber auch über den Preis. Nur schon für die Microsoft-Lizenzen hat unser Kanton 15 Millionen Franken für fünf Jahre budgetiert. Wahrscheinlich wird das nicht reichen, denn seit der damaligen Berechnung von 2024 hat Microsoft Preiserhöhungen für M365 bekanntgegeben. In den nächsten Jahren werden sicher weitere folgen. Ziel meines Postulats ist es, eine solche Situation, an der man nicht vom Tisch aufstehen kann, zu verhindern und langfristig über einen alternativen Plan zu verfügen. Ich kann Ihnen auch empfehlen, sich ein anderes Szenario vorzustellen: Stellen Sie sich vor, dass es Donald Trump irgendwann reicht mit der Schweiz oder mit unserem Kanton und er diese Dienstleistungen kappt. Amerikanische Tech-Konzerne dürfen nicht mehr in die Schweiz oder nach Luzern liefern. Zugegeben, das ist etwas weniger wahrscheinlich als Preiserhöhungen, aber es ist schon geschehen. Donald Trump hat am Internationalen Strafgerichtshof Richterinnen und Richter sanktioniert, weil sie einen Entscheid gefällt haben, der ihm nicht passte. Trotz kleinem Risiko, der Eintretensfall dieses Szenarios würde einen gigantischen Schaden mit sich bringen. Jede gut aufgestellte Organisation und jedes gut aufgestellte Unternehmen würde sich bei dieser Ausgangslage sehr schnell Überlegungen machen, wie ein solcher Fall aufzufangen wäre. Die Bundeskanzlei tut genau das. Sie evaluiert Alternativen zu Microsoft. Die Aargauer Regierung hat Ende Februar beschlossen, eine Strategie über die digitale Souveränität bis 2030 auszuarbeiten. Das ist notabene auf einen Vorstoss der GLP zurückzuführen. Die Urner Mitte-Ständerätin Heidi Zraggen hat vor wenigen Tagen einen Vorstoss für ein Impulsprogramm zur Stärkung der digitalen Souveränität eingereicht. Am letzten Mittwoch hat die Zuger FDP-Kantonsrätin Jill Nussbaumer auf «Zentral Plus» bezüglich M365 verlauten lassen, dass Zug eine Exit-Strategie brauche. Wenn Thomas Süssli bei Ihnen in der der FDP-Fraktion in die Lehre gehen würde, bevor er Nationalrat wird, würde er sicher auch für mehr digitale Souveränität

eintreten. Das hat er schon als Armeechef gesagt. Wir müssen diesen Weg ebenfalls gehen, und zwar gemeinsam. Open-Source ist eine wichtige Komponente, wenn nicht die einzige. Ich verstehe, wenn die Regierung und die Verwaltung keine Freudensprünge machen, einen Open-Source-Weg zu gehen, denn damit ist ein Anfangsaufwand verbunden. Aber es geht um unsere Handlungsfähigkeit und unsere Zukunft. Das Postulat ist zurückhaltend formuliert. Ein Exit ist nicht zwingend, das können Sie in der Forderung lesen. Aber es brauchte eine Auslegeordnung und vertiefte Überlegungen. Meine Befürchtung ist, dass wir in fünf Jahren, bei den nächsten Verhandlungen mit Microsoft, nicht weiter sein werden, wenn das Postulat nur teilweise erheblich erklärt wird. Wir werden nicht vom Tisch aufstehen können, wenn uns etwas nicht passt. Bei einer teilweisen Erheblicherklärung werden die Risikomanagementprozesse zudem nur überprüft, aber eine Anpassung ist nicht zwingend. Mehr Transparenz für uns als Kantonsrat ist gut, reicht aber nicht. Ich bitte Sie daher, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Mario Cozzio: Die Abhängigkeit von Cloud-Anbietern und Cloud-Systemen ist Realität. Vollständige digitale Souveränität ist kurzfristig unerreichbar, aber das darf uns im Handeln nicht lähmen. Der Regierungsrat schlägt in seiner Stellungnahme minimale Anpassungen vor: Etwas mehr Information für den Kantonsrat und punktuelle Ergänzungen im Risikomanagement. Faktisch ändert sich jedoch wenig: Die Abhängigkeiten, die Lizenzen und die rechtlichen Unsicherheiten bleiben bestehen. David Rosenthal, Dozent für Daten- und Technologierecht, machte in einem kürzlich veröffentlichten Interview deutlich, dass digitale Souveränität ein Ideal ist, das nicht sofort oder vielleicht gar nicht erreichbar ist. Entscheidend sind eine faktenbasierte Risikobewertung, Diversifikation und strategische Vorbereitung. Risiken abzulehnen oder abzuwarten, bis ein Ausfall eintritt, ist keine Strategie, sondern bedeutet Stillstand. Gleichzeitig darf Angstmacherei auch nicht zu unumsichtigen Massnahmen führen. Genau darum geht es beim Postulat: Keine überstürzten Ausstiege, sondern eine saubere Auslegeordnung. Es geht darum, zu prüfen, wo Risiken liegen, welche Alternativen bestehen und wie wir mittel- bis langfristig handlungsfähiger werden und bleiben. Dabei gilt für uns Grünliberale: Funktionalität und Benutzerfreundlichkeit müssen gewährleistet bleiben. Die kantonale Verwaltung muss effizient arbeiten können – gleichzeitig darf ein Plan B aber kein Tabu sein. Andere Städte, Kantone und der Bund gehen hier weiter: Notfallalternativen werden evaluiert und Strategien zur digitalen Souveränität entwickelt. Der Kanton Luzern prüft bisher nicht einmal, ob er eine solche Strategie prüfen will – und das ist definitiv zu wenig. Wir unterstützen deshalb die Erheblicherklärung des Postulat. Die Forderung setzt den richtigen Impuls, ist sachlich und vorausschauend. Risiken erkennen, ohne Panik, aber mit klarem Blick: So sichern wir die digitale Zukunft unseres Kantons.

Karin Dober: Im Zusammenhang mit der Einführung von M365 und der entsprechenden Ratsdebatte im Herbst 2025 wurde die Bedeutung der digitalen Souveränität parteiübergreifend anerkannt. Daraus ist das vorliegende Postulat entstanden, das von Mitgliedern aller Parteien, auch von mir, mitunterzeichnet wurde. Der Regierungsrat teilt im Hinblick auf die aktuelle geopolitische Entwicklung die Sorge in Bezug auf kritische Abhängigkeiten. Diese können im Ernstfall unsere Handlungsfähigkeit signifikant einschränken. Das zuständige Finanzdepartement wurde deshalb beauftragt, den bestehenden Risikomanagementprozess zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen und damit der digitalen Souveränität gezielt Rechnung zu tragen. Zudem nimmt der Kanton Luzern seine Rolle in wichtigen nationalen Gremien aktiv wahr, beispielsweise bei der Organisation digitale Verwaltung Schweiz (DVS). Für eine Mehrheit der Mitte-Fraktion sind diese Massnahmen genügend. Sie unterstützt daher die teilweise Erheblicherklärung. Eine Minderheit erachtet die von der Regierung aufgeführten Massnahmen als ungenügend und

unterstützt die Erheblicherklärung.

Hugo Lötscher: Die langfristige Reduktion der Abhängigkeit des amerikanischen Digitalkonzerns, insbesondere von Microsoft, ist anzustreben. Der Kanton Luzern ist im Bereich der digitalen Souveränität in wichtigen nationalen Gremien aktiv. Mit dem Risikomanagementprozess sind Strukturen vorhanden, mit denen die IT-Risiken systematisch erfasst und gesteuert werden. Der Betrieb von ausgereifter Software ist gegenüber Open-Source-Software personell anders ausgelegt. Bei einem Wechsel von Microsoft zu Open-Source-Software muss den finanziellen und personellen Ressourcen Rechnung getragen werden. Die geopolitische Lage zeigt, dass das Thema nicht aus den Augen gelassen werden darf. Die Abhängigkeit von Microsoft schrittweise zu reduzieren, ist aus unserer Sicht die richtige Vorgehensweise. Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag der Regierung und stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Anja Meier: Die zunehmende Abhängigkeit der öffentlichen Verwaltung von M365 als marktdominierender globaler Tech-Konzern wirft nicht nur technische, sondern auch finanziell und staatspolitisch höchst heikle Fragen auf. Angesichts des autoritären Gebarens des aktuellen US-Präsidenten Donald Trump und seines höchst fragwürdigen Verständnisses des Rechtsstaats umso mehr. Digitale Infrastrukturen sind Teil der staatlichen Grundversorgung. Aus Sicht der SP ist deshalb klar, dass der Kanton Luzern seine Handlungsfähigkeit und die Kontrolle über kritische digitale Systeme langfristig sichern muss, um die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zu gewährleisten. Das vorliegende Postulat verlangt keinen abrupten Systemwechsel, sondern eine strategische Auseinandersetzung mit Alternativen, mit Diversifizierung und mit möglichen Exitszenarien. Die Regierung anerkennt zwar Risiken, verordnet diese aber primär im bestehenden Risikomanagement. Genau das greift zu kurz. Denn die Abhängigkeit von Microsoft ist kein gewöhnliches Betriebsrisiko, sondern ein Pulverfass, auf dem wir sitzen, ein klassischer Vendor Lock-in mit langfristigen finanziellen und technologischen Folgen. Solche Abhängigkeiten lassen sich nicht rein operativ steuern, sie brauchen eine politische Strategie. Digitale Souveränität ist nicht nur eine technische Frage, sondern auch eine Frage der demokratischen Kontrolle. Wenn zentrale staatliche Infrastrukturen von privaten, ausländischen Anbietern abhängen, dann wird die politische Steuerbarkeit eingeschränkt. Deshalb sollte dieses Postulat eigentlich auch in den Ohren der SVP Musik sein. Eine Strategie schafft auch Transparenz und stärkt die demokratische Legitimation. Auch finanziell sind wir heute stark abhängig, ich denke dabei auch an die Bürgerlichen und das Stichwort Voranschlag. Wenn wir uns einseitig an einen einzigen Anbieter binden, sind wir letztendlich den Preisentwicklungen ausgeliefert. Ja, Open-Source-Lösungen erfordern zwar kurzfristig mehr Investition und Know-how, aber sie schaffen langfristig mehr Unabhängigkeiten und schützen uns vor Preissteigerungen. Schliesslich zeigt auch die Antwort der Regierung selbst einen zentralen offenen Punkt: Die heutigen Beschaffungsregeln lassen nämlich offen, wie wirtschaftliche Kriterien gegenüber Aspekten wie Souveränität gewichtet werden können. Dieser Zielkonflikt ist politisch im Rahmen einer Strategie zu klären und nicht administrativ zu umgehen. Auf Bundesebene und in anderen Kantonen laufen entsprechende Initiativen, und es bietet sich an, diese Entwicklungen aktiv zu nutzen und gemeinsam tragfähige Lösungen aufzubauen. Fazit: Die SP-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung des Postulats. Eine umfassende Strategie stärkt die Resilienz der Verwaltung und stellt sicher, dass sie auch im Krisenfall handlungsfähig bleibt. Wir stehen heute an einem Wendepunkt, nutzen wir diese Chance und schlagen jetzt den richtigen Weg ein, solange wir es noch können.

Eva Forster: Schon bevor wir Rücksprache mit Thomas Süssli gehalten haben, war klar, dass auch wir für digitale Souveränität einstehen. Für uns ist es wichtig zu wissen, welche Daten

wo sind. Es ist absolut zentral, dass persönliche Daten bestmöglich geschützt sind. Digitale Souveränität ist im Moment bei allen digitalen Technologien das grosse Thema. Die offizielle Definition von staatlicher Handlungsfähigkeit greift für uns aber eher zu kurz. Der Begriff umfasst verschiedenste Bereiche von Datensouveränität, operative, technologische, rechtliche usw. Unserer Meinung nach muss man das in all diesen Fachbereichen ganz klar differenziert betrachten. Es braucht ein Verständnis, eine Strategie und Lösungen für alle diese Souveränitäten. Die aktuelle geopolitische Lage erfordert eine Klärung der verschiedenen Risiken und eine Strategie. In der Stellungnahme des Regierungsrates sieht man sehr gut, was heute operativ und technisch bereits getan wird. Ich bin aber mit meinen Vorrednern einig, dass die Strategie fehlt. Deshalb fordert auch die FDP eine Strategie, und zwar eine Strategie, wie sie in der Privatwirtschaft auch gemacht wird. Ein klares Benennen der Risiken, was es überhaupt für Möglichkeiten gibt, einen Plan B und einen Plan C, der aber aus unserer Sicht sehr häufig oder mindestens aktuell in einem hybriden Betrieb enden wird. Wir müssen wissen, was das kostet und wo genau Open-Source überhaupt sinnvoll eingesetzt werden kann. Wir fordern mitzuberücksichtigen, dass der hybride Betrieb ausgearbeitet wird, die offenen Fragen geklärt werden und man weiss, was es bedeuten würde, wenn man morgen mit der Umstellung beginnen müsste. Vielleicht ist Microsoft in fünf bis zehn Jahren nicht mehr die Bürosoftware und es wird sich eh alles ändern, denn wir wissen nicht, was uns die künstliche Intelligenz (KI) bringen wird. Die FDP-Fraktion stimmt mehrheitlich der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Guido Müller: Das Schlagwort M365 und die digitale Souveränität, das alles ist nachvollziehbar. Ich habe mir letzte Woche den Spass erlaubt, am Mobilitätskongress im Verkehrshaus teilzunehmen. Dabei durfte ich feststellen, dass heute das autonome Fahren sehr gelobt wird als eine der Lösungen der Zukunft. Ich möchte dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor gerne etwas mitgeben. Wenn man schon die Abhängigkeit überprüft, kann es nicht sein, dass wir von der einen Abhängigkeit in die nächste begeben. Das digitale autonome Fahren benötigt einen digitalen Hintergrund. Zurzeit bieten zwei Staaten der Welt das an: die USA und China. Ich glaube, dass es sinnvoll wäre zu hinterfragen, bei M365 auszusteigen und beim autonomen Fahren in eine andere Abhängigkeit einzusteigen. Ich bin der Meinung, dass wir möglichst autonome Systeme haben und nicht von der einen Abhängigkeit in die nächste gelangen sollten. Sonst diskutieren wir beim nächsten Mal nicht über M365, sondern über autonomes Fahren mit China.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Differenz zwischen der Auslegung, wie ich sie von Ihnen teilweise gehört habe und dem Verständnis der Regierung ist nicht sehr gross. Das Postulat fordert eine aktive Rolle des Kantons Luzern bei der Entwicklung von Open-Source-Lösungen. Wir sind klar der Meinung, dass das zu weit geht. Es kann nicht sein, dass der Kanton Luzern eigenständig eine Rolle übernimmt. Wir sind aber damit einverstanden, dass wir uns aktiv in diese Thematik eingeben sollen, aber nicht eigenständig. Die Formulierung des Postulats ist etwas interpretationsbedürftig. Einerseits wird gefordert, dass man mit den anderen Kantonen, Gemeinden und Städten zusammenarbeitet und andererseits wird eine eigenständige Luzerner Strategie gefordert. Das steht für uns etwas im Widerspruch. Die Unterstellung von Mario Cozzio muss ich zurückweisen: Wir sind nicht der Meinung, gar nichts zu tun. Es war aber Ihre Aussage, dass wir diese Thematik vollständig negieren würden. Dem ist nicht so. Wir sind uns bewusst, dass diese Thematik eine hohe Beachtung verdient. Wir sind auch damit einverstanden, dass wir uns in diesem Zusammenhang in den nationalen Dialog einbringen und eine Rolle übernehmen. Ich gehe sogar so weit, dass ich gerne die Äusserungen von Eva Forster bezüglich der hybriden Anwendung aufnehme. Wir müssen das

aber im Verbund lösen und keine kantonale Strategie entwickeln. Ich bitte Sie daher, der teilweisen Erheblicherklärung zuzustimmen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 66 zu 42 Stimmen teilweise erheblich.